

Ressort: Politik

Bundesregierung kritisiert Turbinenlieferung auf die Krim

Berlin, 21.07.2017, 20:10 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat offenbar früh davon gewusst, dass Gasturbinen der Firma Siemens möglicherweise unter Verletzung der Sanktionen in zwei neuen Elektrizitätswerken auf der Krim eingesetzt werden könnten. Das berichtet die "Süddeutsche Zeitung" in ihrer Wochenendausgabe.

Ein Regierungssprecher bestätigte demnach, dass es "hochrangige Zusicherungen" Russlands gegeben habe, die Turbinen nicht auf die Krim zu verbringen. Tatsächlich soll Russlands Präsident Wladimir Putin dies gegenüber dem damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) persönlich zugesagt haben, schreibt die Zeitung unter Berufung auf Regierungskreise. Siemens räumte am Freitag ein, dass alle vier Gasturbinen aus einem Joint Venture in Sankt Petersburg auf der Krim gelandet sind, die eigentlich für ein Elektrizitätswerk in Südrussland bestimmt waren. Dies sei rechtswidrig und "entgegen klarer vertraglicher Vereinbarungen" geschehen, so der Münchner Konzern. Ein Regierungssprecher sagte der "Süddeutschen Zeitung" am Freitag, es sei ein "gänzlich inakzeptabler Vorgang".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-92332/bundesregierung-kritisiert-turbinenlieferung-auf-die-krim.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619